

Beraten und beschlossen

13. Landessynode 2021-2026

9. Tagung vom 21. bis 24. Mai 2025

In Speyer, Technik-Museum

19.05.2025

Der Priorisierungsprozess steht im Mittelpunkt

Die 13. Landessynode tagt vom 21. bis 24. Mai 2025 zum neunten Mal.

Speyer (lk). Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz kommt vom 21. bis 24. Mai zu ihrer Frühjahrstagung in der Eventhalle "Hangar 10" im Technik Museum Speyer zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen steht der sogenannte "Prio-Prozess" – ein umfassender Transformationsprozess, mit dem die Kirche auf die Veränderungen in Mitgliedschaft, Finanzlage und gesellschaftlicher Bedeutung reagiert. Ziel ist eine Kirche, die auch in Zukunft geistlich, sozial und organisatorisch handlungsfähig bleibt.

Worum es geht: eine Kirche, die wirkt, weil sie sich verändert

Die Synode wird über zehn "Eckpunkte" beraten, die die konkreten Schritte des Transformationsprozesses beschreiben – darunter etwa die Reduktion der Kirchenbezirke von 15 auf vier und die Einführung zentraler Verwaltungsstrukturen. Insgesamt soll die Zahl der Körperschaften öffentlichen Rechts drastisch reduziert werden, um Haupt- und Ehrenamtliche zu entlasten und mehr Zeit für Seelsorge, Bildung und Gemeindeleben zu schaffen.

Einblicke in die Eckpunkte des Prio-Prozesses

Die Eckpunkte stellen zentrale Handlungsfelder dar und liegen der Synode zur Beratung vor:

- 1. Gespräche mit anderen Landeskirchen
- 2. Neustrukturierung der Kirchenbezirke
- 3. Zukunft der Diakonie
- 4. Strukturveränderungen auf Gemeindeebene
- 5. Neuordnung der Verwaltungseinheiten
- 6. Pfarrhäuser: Systemumstellung und zentrale Verwaltung
- 7. Schulische Bildung und Zukunft des Religionsunterrichts
- 8. Zukunft des Evangelischen Trifelsgymnasiums Annweiler (ETGA)
- 9. Gesamtkirchliche Dienste und Angebote
- 10. Sonderseelsorge (z. B. Klinik-, Notfall- und Gefängnisseelsorge)

Hintergrund

Wie der Prio-Prozess entstanden ist – und warum er nötig ist

Der Anstoß für den Prio-Prozess kam aus der Mitte der Synode selbst. Im November 2022 beschloss die Landessynode einstimmig, die Entwicklung eines Priorisierungsprozesses zu beauftragen. Ziel: tragfähige Antworten auf Mitgliederrückgang, finanzielle Engpässe und gesellschaftlichen Bedeutungsverlust zu finden. Ein Jahr später erhielten sieben interdisziplinär zusammengesetzte Facharbeitsgruppen den Auftrag, entlang zentraler kirchlicher Handlungsfelder konkrete Vorschläge zu erarbeiten – ohne Denkverbote, aber mit Blick auf Machbarkeit und Zukunftsfähigkeit.

In einem intensiven Arbeitsprozess über zwölf Monate hinweg entstanden auf dieser Grundlage die nun vorliegenden zehn Eckpunkte. Sie bündeln die Ergebnisse der Fachgruppen, wurden mit Beteiligung zahlreicher Expert*innen und Praktiker*innen entwickelt und sind nun Gegenstand der Beratungen der Synode.

Denn klar ist: Die Evangelische Kirche der Pfalz steht vor tiefgreifenden Herausforderungen. Bis 2035 wird mit einem Rückgang der Mitgliederzahlen um rund 3 Prozent jährlich gerechnet – auf dann nur noch etwa 306.000 Mitglieder. Das bedeutet: Die finanziellen Spielräume schrumpfen massiv. Rund 60 Millionen Euro müssen bis 2035 eingespart werden – das entspricht etwa 45 Prozent der Budgets aus dem Jahr 2023.

Hinzu kommt: Die Erwartungen der Menschen an Kirche haben sich verändert. Laut aktueller Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung der EKD sind 80 Prozent der Befragten überzeugt: Kirche muss sich grundlegend verändern, um relevant zu bleiben.

Die größte Herausforderung liegt im strukturellen Umbau: Derzeit existieren über 425 Einheiten mit Körperschaftsstatus – ein hoher Verwaltungsaufwand bei sinkender Zahl an Haupt- und Ehrenamtlichen. Der Transformationsprozess reagiert auf diese Realität mit klaren Maßnahmen: Reduktion der Strukturen auf vier bis maximal 20 öffentlichrechtliche Einheiten (plus Landeskirche), Teamarbeit statt Einzelverantwortung, zentrale Strukturen bei Verwaltung, Gebäudemanagement und Kitas. Damit sollen Ressourcen geschont und neue Freiräume für Begegnung, Seelsorge und Gemeinschaft geschaffen werden.

21.05.2025

Verantwortung übernehmen - Hoffnung bewahren

Die Frühjahrssynode der Evangelischen Kirche der Pfalz hat in Speyer begonnen. In ihrem Bericht rief Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst eindringlich zu Vertrauen, Verantwortung und Solidarität auf – und schlug den Bogen vom Evangelium zum Prio-Prozess.

Speyer (lk). Mit einem eindringlichen Appell zu Mut, Verantwortung und Solidarität hat Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst heute in Speyer die Frühjahrstagung der 13. Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz eröffnet. Im Mittelpunkt ihres Berichts

stand das Leitmotiv christlicher Hoffnung: "Offensichtlich geht es manchmal um Risiko, wenn man mit Gott auf der sicheren Seite sein will", sagte sie.

Ausgehend vom Ruf Jesu an die Jünger – "Kommt, folgt mir nach!" – erinnerte die Kirchenpräsidentin an die Kraft des Vertrauens. "Offensichtlich erspart uns Gott nicht, unsere Sicherheiten zu hinterfragen und alles in allem zu akzeptieren, dass wir auch weiterhin nur auf ein Wort hin, nur auf eine Hoffnung hin folgen." Hoffnung sei kein vages Gefühl, sondern geistliche Haltung, machte sie mit den Worten Dietrich Bonhoeffers klar: "Die Hoffnung bleibt. Der Mensch wächst mit seiner Hoffnung – wenn es nur die Hoffnung auf Gott und seine alleinige Kraft ist."

Gleichzeitig machte Wüst deutlich, dass gelebte Hoffnung stets auch Verantwortung bedeute – für die Gesellschaft, für die Welt, für die Schwächsten. "Beten heißt nicht: die Hände in den Schoß legen, sondern sie zu öffnen. Für die Not der anderen. Für das, was getan werden muss und was wir tun können." In klaren Worten verurteilte sie Hass, Ausgrenzung und menschenfeindliche Ideologien:

"Wer an die Gottesebenbildlichkeit jedes Menschen glaubt, kann nicht gleichgültig bleiben, wenn Menschen abgewertet, ausgegrenzt oder pauschal verdächtigt werden."

Ein besonderes Augenmerk legte sie auf das Thema Solidarität. Gebet und Engagement seien zwei Seiten derselben Medaille – in der Friedensarbeit, in der Flüchtlingshilfe und in der digitalen Welt, die ebenso geistliche Räume eröffnen könne. "Unser Gebet führt uns in die Verantwortung. Und unser Glaube traut Menschen zu, verantwortlich zu leben – offline wie online."

Im Blick auf den innerkirchlichen Wandel schlug Wüst die Brücke zum Prio-Prozess, dem zentralen Thema dieser Synodentagung: "Auch als Kirche stehen wir in tiefgreifenden strukturellen und geistlichen Veränderungsprozessen. Aber in all dem steckt eben nicht nur die Botschaft von erodierenden Selbstverständlichkeiten, sondern auch viele Hoffnungslichter."

Die Synode tagt noch bis Samstag, 24. Mai, im Hangar 10 des Technik Museums Speyer. Am Donnerstag und Freitag folgen die zentralen Entscheidungen zu den einzelnen Reformpapieren. Am Samstag endet die Synode.

Hintergrund

Synode: Es ist die neunte Tagung der 13. Landessynode, die von 2021 bis 2026 gewählt ist. Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) ist als kirchliche Volksvertretung das oberste beschlussfassende Gremium der Evangelischen Kirche der Pfalz. Damit hat sie die Kirchengewalt inne. Sie trifft wesentliche Entscheidungen in geistlichen, rechtlichen und finanziellen Belangen der Landeskirche. Die Amtszeit einer Synode beträgt sechs Jahre. Ihr gehören 57 Mitglieder an. Das Präsidium bilden Synodalpräsident Hermann Lorenz, Synodalvizepräsident Joachim Schäfer und als zweite Synodalvizepräsidentin Christine Schöps.



Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst. Foto:lk/Krümpelmann

21. Mai 2025

Orientierungshilfe für den Wandel

Wissenschaftlicher Beirat legt Orientierungshilfe zum Prio-Prozess vor

Speyer (lk). Die Evangelische Kirche der Pfalz steht an einem Wendepunkt – und erhält unabhängige Orientierung: Der wissenschaftliche Beirat im Zuge des Transformationsprozesses hat heute auf der Frühjahrssynode seine "Orientierungshilfe für den Prio-Prozess" vorgestellt. Darin fordert das interdisziplinäre Gremium einen grundlegenden Wandel: nicht nur der Strukturen, sondern auch des kirchlichen Selbstverständnisses. Die Synode berät derzeit über zehn Reformbausteine – von der Reduktion der Kirchenbezirke bis zur Neuordnung der Gemeindestrukturen.

Der wissenschaftliche Beirat bewertet die Eckpunktepapiere als wichtigen und überfälligen Schritt in Richtung einer handlungsfähigen, zukunftsoffenen Kirche. Die Vorschläge seien insgesamt analytisch gut begründet, theologisch verantwortbar und strukturell durchdacht und eine tragfähige Basis, um die notwendigen Transformationen gemeinsam zu gestalten. Sie zeugten von einem ernsthaften Willen zur Veränderung – und von der Einsicht, dass Stabilität in Zukunft nur durch Wandel zu sichern sei.

Zugleich weist das Gremium auf die Grenzen rein struktureller Maßnahmen hin: Ohne einen kulturellen Wandel im kirchlichen Selbstverständnis – etwa in Leitungsfragen, Beteiligungskultur und Kommunikation – könnten die beschlossenen Maßnahmen ihre Wirkung verfehlen oder gar Widerstand verstärken. Insgesamt sehen die Fachleute in den Eckpunkten jedoch eine tragfähige Basis, um die notwendigen Transformationen gemeinsam und mit Blick auf die kirchliche Sendung zu gestalten.

Was empfiehlt der Beirat konkret?

Das Gremium, dem unter anderem Expert*innen aus Theologie, Sozialwissenschaften und Organisationsentwicklung angehören, empfiehlt:

- Mut zur Priorisierung: Nicht alles lässt sich weiterführen. Statt der Illusion flächendeckender Vollversorgung braucht es klare Entscheidungen für das Wesentliche – Seelsorge, Bildung, Gemeinschaft, Diakonie.
- **Teamorientierte Leitung**: Kirchliches Leben soll weniger auf Einzelpersonen lasten. Leitung wird als kooperative Aufgabe gedacht mit geteiltem Wissen, geteilter Verantwortung und gemeinsamer geistlicher Ausrichtung.
- Strukturelle Straffung: Die Reduktion auf vier Kirchenbezirke und eine deutliche Vereinfachung der Körperschaftsstruktur sind laut Beirat notwendig, um Ressourcen zu schonen und Freiräume für Gemeindearbeit zu schaffen. Die Zukunft liegt in größeren Einheiten mit lokal verankertem Engagement.
- Gemeinden als geistliche Basisorte: Auch bei größeren regionalen Einheiten bleibt die Gemeinde entscheidend allerdings mit verändertem Rollenverständnis.
- Transparenz und Beteiligung: Vertrauen in den Wandel entsteht durch Kommunikation und echte Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Ehrenamt als tragende Säule im Wandel

Im Reformprozess der Evangelischen Kirche der Pfalz spielt das Ehrenamt eine zentrale Rolle. Der wissenschaftliche Beirat unterstreicht in seiner Orientierungshilfe die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für eine lebendige, glaubwürdige und lokal verankerte Kirche. Gerade in Zeiten knapper werdender Ressourcen sei das Ehrenamt nicht als Ausfallbürge für wegfallende Hauptamtlichkeit zu verstehen, sondern als eigenständige, unverzichtbare Kraft kirchlicher Gestaltung. Um das Ehrenamt zukunftsfähig zu machen, empfiehlt der Beirat eine bessere strukturelle Unterstützung, klare Aufgabenprofile und eine Kultur der Wertschätzung. Ziel ist es, Ehrenamtliche zu entlasten, ihre Kompetenzen zu fördern und ihnen echte Mitgestaltung zu ermöglichen – als Teil einer kooperativen und geistlich geprägten Gemeindeleitung.

Gemeinde im Wandel: Was bleibt? Was muss sich ändern?

Im Mittelpunkt der Orientierungshilfe steht auch die Frage: Was ist heute Gemeinde? Das bisherige Leitbild – "Gemeinde vor Ort mit eigenem Pfarrer, Gemeindebrief und Kirchenchor" – wird vom Beirat nicht verworfen, aber als nicht mehr flächendeckend tragfähig eingeschätzt.

Die Empfehlung: Gemeinden bleiben Orte gelebten Glaubens, aber nicht mehr alles muss überall stattfinden. Statt Uniformität braucht es Vielfalt – in Form, Umfang und Ausdruck. Kleine, engagierte Ortskirchengemeinden mit klarem Profil und starken Netzwerken können genauso Kirche sein wie größere regionale Zentren mit multiprofessionellen Teams.

"Gemeinde muss heute weniger Ort sein als Haltung", heißt es im Papier. Eine Haltung, die Nähe ermöglicht, Teilhabe fördert und geistliche Gemeinschaft stiftet – analog, digital, mobil.

Dazu gehöre auch, loszulassen: nicht als Verlust, sondern als Chance zur Neuausrichtung. Gemeinden sollen **entlastet** werden – etwa durch geteilte Verwaltung und gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit – und sich stärker auf die geistlichen und sozialen Bedürfnisse der Menschen fokussieren können.

Unabhängig und kritisch-konstruktiv: Der wissenschaftliche Beirat

Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats, darunter Expert*innen aus Theologie, Sozialwissenschaften, Ökonomie und Verwaltung, haben ihre Empfehlungen in einem über einjährigen Prozess entwickelt und in einer eigenen Präsentation vor der Synode vorgestellt.

Der wissenschaftliche Beirat wurde im Zuge des Prio-Prozesses berufen, arbeitet aber unabhängig von der Kirchenregierung. Seine Aufgabe: Entwicklungen einordnen, strategisch beraten, theologisch reflektieren – als kritischer Sparringspartner der Synode. Die "Orientierungshilfe" ist ein Ergebnis intensiver eigener Analysen und versteht sich als Impuls für einen Kulturwandel in der Kirche.

Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst: "Der Beirat erinnert uns daran, dass Kirche nicht durch Strukturen lebt, sondern durch Vertrauen, Beziehung und Hoffnung. Genau das brauchen wir für diesen Weg der Erneuerung."



Eine praktisch-theologische Orientierungshilfe des Wissenschaftlichen Beirats im Zuge des Transformationsprozesses der Evangelischen Kirche der Pfalz: Prof. Dr. Christian Mulia (Darmstadt) und Prof. Dr. Gerald Kretzschmar (Tübingen). Foto: lk/Krümpelmann

22. Mai 2025

Kernpunkte des Prio-Prozesses stehen zur Abstimmung

Zweiter Synodentag: Weichenstellungen für die Zukunft der Kirche

Speyer (lk). Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz setzt heute ihre Frühjahrstagung fort. Im Zentrum des zweiten Tages der Landessynode stehen heute die Beratungen und Abstimmungen zu fünf Eckpunktpapieren des Priorisierungsprozesses, mit denen sich die Kirche zukunftsfähig aufstellen will.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Eckpunktpapiere:

- Gespräche mit anderen Landeskirchen: Ziel ist es, Kooperationen zu vertiefen, Synergien zu nutzen und langfristig auch Fusionen auszuloten.
- Neustrukturierung der Kirchenbezirke: Aus derzeit 15 Kirchenbezirken sollen vier große Einheiten entstehen – für effizientere Verwaltung und mehr Freiraum für kirchliche Arbeit.
- Zukunft der Diakonie: Mit "Häusern der Kirche und Diakonie" in den Regionen soll die soziale Präsenz gestärkt und gleichzeitig auf sinkende Ressourcen reagiert werden.
- Strukturveränderungen: Die Zahl der öffentlich-rechtlichen Körperschaften wird deutlich reduziert, um Verwaltung zu verschlanken und mehr Zeit für Seelsorge und Gemeindearbeit zu ermöglichen.
- Reform der Verwaltungseinheiten: Künftig soll eine Kirchenverwaltung mit Regionalstellen die kirchlichen Verwaltungsaufgaben bündeln, auch bei Kitas und Gebäuden.

Zuvor hatte Prof. Dr. Uta Pohl-Patalong in einem Impulsreferat die theologische Perspektive auf den Wandel eröffnet: Kirche müsse "kleiner werden, um mehr Menschen zu erreichen" – mit klarerem Profil und größerer Nähe zum Leben.

Gestern hatte sich bereits <u>der wissenschaftliche Beirat im Zuge des</u>

<u>Transformationsprozesses der Evangelischen Kirche der Pfalz positiv zu den vorgelegten Eckpunkten geäußert</u>. Der wissenschaftliche Beirat bewertet die Eckpunktepapiere als wichtigen und überfälligen Schritt in Richtung einer handlungsfähigen, zukunftsoffenen Kirche. Die Vorschläge seien insgesamt analytisch gut begründet, theologisch verantwortbar und strukturell durchdacht und eine tragfähige Basis, um die notwendigen Transformationen gemeinsam zu gestalten. Sie zeugten von einem ernsthaften Willen zur Veränderung – und von der Einsicht, dass Stabilität in Zukunft nur durch Wandel zu sichern sei.</u>

Hintergrund

Synode: Es ist die neunte Tagung der 13. Landessynode, die von 2021 bis 2026 gewählt ist. Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) ist als kirchliche Volksvertretung das oberste beschlussfassende Gremium der Evangelischen Kirche der Pfalz. Damit hat sie die Kirchengewalt inne. Sie trifft wesentliche Entscheidungen in geistlichen, rechtlichen und finanziellen Belangen der

Landeskirche. Die Amtszeit einer Synode beträgt sechs Jahre. Ihr gehören 57 Mitglieder an. Das Präsidium bilden Synodalpräsident Hermann Lorenz, Synodalvizepräsident Joachim Schäfer und als zweite Synodalvizepräsidentin Christine Schöps.

Eckpunktpapiere: Die <u>Eckpunktpapiere</u> sind zentrale inhaltliche und strategische Grundlagen für die Beratungen und Beschlüsse der Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz im Rahmen des laufenden Priorisierungsprozesses. Sie bündeln die Ergebnisse intensiver Analysen und Arbeitsprozesse zu zehn Schlüsselthemen – von Verwaltungs– und Strukturfragen über Bildungsarbeit bis hin zur Zukunft der Diakonie und der Pfarrhäuser. Ziel der Eckpunkte ist es, angesichts sinkender Ressourcen und wachsender Herausforderungen tragfähige und zukunftsorientierte Lösungen für eine handlungsfähige und verlässlich präsente Kirche zu entwickeln. Die Eckpunkte dienen als Leitplanken für Gesetzesinitiativen und Reformschritte bis ins Jahr 2035.

Der Priorisierungsprozess: Der Anstoß für den Prio-Prozess kam aus der Mitte der Synode selbst. Im November 2022 beschloss die Landessynode einstimmig, die Entwicklung eines Priorisierungsprozesses zu beauftragen. Ziel: tragfähige Antworten auf Mitgliederrückgang, finanzielle Engpässe und gesellschaftlichen Bedeutungsverlust zu finden. Bis 2035 wird mit einem jährlichen Mitgliederrückgang von rund 3 Prozent auf dann etwa 306.000 Mitglieder gerechnet. Rund 60 Millionen Euro müssen eingespart werden, das entspricht etwa 45 Prozent der Budgets von 2023. Interdisziplinär zusammengesetzte Facharbeitsgruppen erhielten den Auftrag, entlang zentraler kirchlicher Handlungsfelder konkrete Vorschläge zu erarbeiten – ohne Denkverbote, aber mit Blick auf Machbarkeit und Zukunftsfähigkeit. In einem intensiven Arbeitsprozess über zwölf Monate hinweg entstanden auf dieser Grundlage die nun vorliegenden zehn Eckpunkte.



Heute entscheidet die Landessynode über Kernpunkte des Prio-Prozesses. Foto: lk/Krümpelmann

Kurs auf Veränderung: Synode stimmt über zentrale Reformpunkte ab

Landessynode macht Ernst mit Reformen: Zustimmung zu vier Eckpunkten

Speyer (lk). Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz hat auf ihrer Frühjahrstagung erste zentrale Beschlüsse im Rahmen des Priorisierungsprozesses gefasst. Vier Eckpunktpapiere wurden nach intensiver Beratung angenommen. Ziel ist es, Kirche zukunftsfähig zu machen – mit klareren Strukturen, weniger Bürokratie und mehr Raum für das geistliche Leben.

Kirchen im Schulterschluss – Gespräche mit anderen Landeskirchen

Die Synode hat sich heute mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, Gespräche mit anderen evangelischen Landeskirchen zu intensivieren – mit dem Ziel, die Spielräume gemeinsamer Zukunftsgestaltung auszuloten. Der Auftrag an die Kirchenleitung ist klar: Optionen strategischer Zusammenarbeit – bis hin zu Fusionen – sollen nicht nur geprüft, sondern aktiv verhandelt werden.

Die Voten der Ausschüsse in der Landessynode machten deutlich: Es geht nicht um Selbstaufgabe, sondern um Selbstbewusstsein – in einer Zeit, in der Kooperationen keine Schwäche, sondern kluge Stärke sind.

Bereits heute bestehen gute Beziehungen zu benachbarten Landeskirchen wie Baden, der EKHN oder der EKIR – etwa im Bereich der Polizei- und Notfallseelsorge, in der Telefonseelsorge, der evangelischen Rundfunkarbeit oder bei diakonischen Angeboten. Die Entscheidung der Synode macht daraus einen strukturierten Prozess mit Perspektive.

Ziel ist es, Synergien zu nutzen, Ressourcen zu bündeln und die evangelische Stimme in Gesellschaft, Bildung und Seelsorge dauerhaft zu stärken. Die Erfahrungen aus anderen Landeskirchen zeigen: Gemeinsame Verwaltung, abgestimmte Ausbildung, einheitliche Standards – all das ist möglich, ohne Vielfalt zu verlieren.

Kirchenbezirke werden neu geordnet

Mit deutlicher Mehrheit hat die Synode der Neustrukturierung der Kirchenbezirke zugestimmt. Aus derzeit 15 Bezirken werden vier große Einheiten mit je ca. 75.000 Gemeindegliedern:

- 1. Homburg, Pirmasens, Zweibrücken
- 2. Alsenz und Lauter, Donnersberg, Kaiserslautern, Kusel
- 3. Frankenthal, Germersheim, Ludwigshafen, Speyer
- 4. Bad Bergzabern, Bad Dürkheim-Grünstadt, Landau, Neustadt

Die bisherigen Bezirke können sich bis Ende 2028 freiwillig zusammenschließen. Andernfalls greift die Kirchenregierung verbindlich ein. Ziel ist es, Verwaltung zu verschlanken und Ressourcen auf Seelsorge, Gemeinschaft und geistliche Angebote zu konzentrieren.

Diakonie neu gedacht - Hilfe im Sozialraum

Mit der Zustimmung zum Diakonie-Papier bekennt sich die Synode klar zu einer zukunftsfähigen Form kirchlicher Hilfe. Regional, digital und sozialraumorientiert. Die Evangelische Kirche der Pfalz setzt damit ein starkes Zeichen: Diakonisches Handeln bleibt auch in Zukunft ein zentrales Element kirchlicher Präsenz – wenn auch in neuer Form.

Kern des Konzeptes sind analog zu den vier neuen Kirchenbezirken vier regionale Zentren – "Häuser der Kirche und Diakonie" – mit mobilen und digitalen Angeboten. Ziel ist es, auch bei sinkenden Mitteln die Wirksamkeit vor Ort zu erhalten und in den Regiokirchengemeinden neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Diakonischem Werk und Gemeinden zu ermöglichen.

"Wir sichern das soziale Gesicht unserer Kirche, indem wir es neu zeichnen", so Oberkirchenrat Markus Jäckle. "Nicht mehr jede Beratung vor Ort, aber überall Zugang – das ist der neue Maßstab."

Die Finanzierung bleibt an die Entwicklung der Kirchensteuer gekoppelt. Dadurch entsteht Planungssicherheit. Stolpersteine bleiben: die Umstellung der Arbeitsweisen, digitale Transformation, Finanzierung von Übergangszeiten.

"Dieser Beschluss bedeutet Arbeit. Aber er öffnet Räume für eine Diakonie, die nah an den Menschen bleibt – nicht an den Gebäuden", so Jäckle abschließend.

Strukturreform: Neuanfang mit System

Die Landessynode hat nach einer engagierten Aussprache dem Eckpunktepapier zur Strukturveränderung zugestimmt und damit den Weg frei gemacht für eine tiefgreifende Neuordnung der kirchlichen Strukturen. Ziel ist es, die aktuell über 420 Körperschaften öffentlichen Rechts auf künftig fünf zu reduzieren: vier Kirchenbezirke und die Landeskirche. Die Kirchengemeinden vor Ort bleiben dabei als "Ortskirchengemeinden" mit eigenem Gemeindeleben, aber ohne öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus erhalten. Sie erhalten als Körperschaften kirchlichen Rechts klare Rechte, eigene Budgets und bleiben mit gewählten Ortskirchengemeinderäten weiterhin verantwortlich für das geistliche Leben vor Ort.

Die Reform soll bis spätestens 2032 umgesetzt sein. Sie entlastet Haupt- und Ehrenamtliche von komplexen Verwaltungsaufgaben, stärkt Teamarbeit und schafft Raum für eine Kirche, die wieder näher bei den Menschen ist.

Die neue Struktur basiert auf klaren Zuständigkeiten, weniger Gremien und einer Stärkung der Ortskirchengemeinden durch Budgets, Gestaltungsspielraum und eine Konzentration auf das Wesentliche. Gerade für das Ehrenamt bedeutet das eine dringend notwendige Entbürokratisierung.

"Wir bauen keine Kirche ab – wir bauen sie um", sagt Oberkirchenrätin Bettina Wilhelm. "Das neue Modell lässt Verantwortung für kirchliche Arbeit da, wo sie wirksam wird – nah bei den Menschen und verlagert oftmals lästige Verwaltungsarbeit auf eine andere Ebene."

Ziel ist eine handlungsfähige Volkskirche in neuen Formen: schlanker in der Struktur, klarer im Profil und wirksamer in der Fläche. Marianne Wagner, Vizepräsidentin der

Landessynode, unterstrich den geistlichen Kern der Entscheidung: "Vor uns liegt eine große Aufgabe, aber es sind nicht wir, in deren Hand die Kirche liegt. Kirche bleibt die Kirche Jesu Christu, welche Formen und Strukturen sie auch annehmen mag. Seinen Auftrag gilt es zu hören und zu leben."

Am morgigen Freitag steht zunächst die Aussprache und Abstimmung des Eckpunktpapieres für die Veränderungen der Verwaltungseinheiten auf dem Programm. Dann folgen die restlichen fünf Eckpunktpapiere zu den Themen Pfarrhäuser, schulische Bildung, ETGA, gesamtkirchliche Arbeit und Sonderseesorge.



Engagierte Debatten, hohe Verantwortung: Die Landessynode hat heute die ersten vier Eckpunkte im Prio-Prozess verabschiedet. Foto: lk/Krümpelmann

22. Mai 2025

Mehr Klarheit, weniger Aufwand

Landessynode gibt grünes Licht für Verwaltungsumbau

Die Synode hat mit großer Mehrheit der Neuordnung der kirchlichen Verwaltung zugestimmt. Künftig gibt es eine schlanke Verwaltung für die ganze Landeskirche – auch bei den Kitas.

Speyer (lk). Die Landessynode hat ihre Beratungen zu den Eckpunktpapieren im Prio-Prozess am Freitag fortgesetzt. Sie stimmte dem Eckpunktepapier zur Neustrukturierung der Verwaltungseinheiten und der Trägerschaft evangelischer Kitas zu. Damit wird der Grundstein für eine gemeinsame Kirchenverwaltung mit Regionalstellen gelegt, die gebündelt Aufgaben übernimmt – von Personal über Finanzen bis zur Gebäudeverwaltung.

"Was wir hier verändern, ist keine Kleinigkeit. Wir lösen Doppelstrukturen auf und schaffen eine professionelle, entlastende Verwaltung für die ganze Landeskirche", so Oberkirchenrätin Bettina Wilhelm.

Ein besonderes Augenmerk gilt den Kindertagesstätten: Die bisherige Trägerschaft durch einzelne Kirchengemeinden bzw. Trägerverbünde wird schrittweise in eine gemeinsame Trägerschaft überführt. Ziel ist ein Höchstmaß an Effizienz, Professionalität und finanzieller Tragfähigkeit – bei gleichzeitigem Bekenntnis zur evangelischen Profilbildung.

"Wir wollen weiterhin evangelische Kitas – aber wir müssen sie zukunftsfest machen", betont Oberkirchenrat Markus Jäckle. "Die gemeinsame Trägerschaft ist ein notwendiger Schritt. Sie stärkt unsere Verantwortung vor Ort – ohne uns organisatorisch zu überfordern."

Der Beschluss markiert den Beginn eines längeren Umsetzungsprozesses, in dem gesetzliche Grundlagen geschaffen und konkrete Strukturen etabliert werden. Er eröffnet zugleich neue Möglichkeiten zur Refinanzierung – durch einheitliche Standards und einem stärkeren Verhandlungspotenzial gegenüber staatlichen Stellen.

23.05.2025

"Schön, dass Sie sich ehren lassen"

Kirchenpräsidentin dankt den Mitgliedern der Facharbeitsgruppen im Prio-Prozess

Speyer (lk). Geduld und Ausdauer haben die Mitglieder der Facharbeitsgruppen nicht nur bei ihrer Arbeit im Prio-Prozess gezeigt, sondern auch gestern Abend. Mehr als eine Stunde verzögerte sich der Beginn der Dankeschön-Feier, weil die Landessynode noch mit der Abstimmung über die Eckpunktepapiere beschäftigt war.

In zehn Eckpunktpapieren sind richtungsweisende Analysen und Überlegungen gebündelt, wie die Evangelische Kirche der Pfalz notwendige Reformen umsetzen kann. Wichtigste Aufgabe der tagenden Landessynode besteht darin, über diese Eckpunktpapiere zu entscheiden.

Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst dankte allen, die an diesen Eckpunktepapieren mit hohem Einsatz mitgewirkt haben und lobte die sehr gute Arbeit: "Wir haben eine Transformationsidee auf den Weg gebracht, die innerhalb der Evangelischen Kirche für Deutschland federführend und innovativ ist."

Sie erinnerte an den grundlegenden Gedanken des Prio-Prozesses: Erhalten bleiben soll eine Kirche, die sich gut anfühlt. Dieser Gedanke habe die Facharbeitsgruppen stets geleitet. Sie habe den Mut und Willen zu Wandel und Veränderung gespürt, sagte Wüst. Dies sei "im Bewusstsein des einen Leibes Christi, in einer Haltung verantwortungsvoller Solidarität und vor allen Dingen mit enormer Verantwortung für eine Zukunft geschehen". Natürlich sei auch immer der Taschenrechner dabei gewesen, räumte die Kirchenpräsidentin ein. Doch die Arbeit sei bestimmt gewesen "von der Sehnsucht, fröhlich und tröstlich, zugewandt und niederschwellig gut für Menschen zu sein".

Dorothee Wüst freute sich, den Mitgliedern der Facharbeitsgruppen ihren Dank ausdrücken zu können: "Schön, dass Sie da sind und sich ein bisschen ehren lassen dafür, dass Sie sich so sehr investiert haben in einen Prozess, der für unsere Kirche nicht nur zukunftsweisend, sondern existentiell ist."



Gut gelaunt und guter Dinge: Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst dankte den Mitgliedern der Facharbeitsgruppen für den Prio-Prozess. Alle Fotos lk/TS



Kirchenpräsidentin dankt den Mitgliedern der Facharbeitsgruppen im Prio-Prozess

Speyer (lk). Geduld und Ausdauer haben die Mitglieder der Facharbeitsgruppen nicht nur bei ihrer Arbeit im Prio-Prozess gezeigt, sondern auch gestern Abend. Mehr als eine Stunde verzögerte sich der Beginn der Dankeschön-Feier, weil die Landessynode noch mit der Abstimmung über die Eckpunktepapiere beschäftigt war.

In zehn Eckpunktpapieren sind richtungsweisende Analysen und Überlegungen gebündelt, wie die Evangelische Kirche der Pfalz notwendige Reformen umsetzen kann. Wichtigste Aufgabe der tagenden Landessynode besteht darin, über diese Eckpunktpapiere zu entscheiden.

Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst dankte allen, die an diesen Eckpunktepapieren mit hohem Einsatz mitgewirkt haben und lobte die sehr gute Arbeit: "Wir haben eine Transformationsidee auf den Weg gebracht, die innerhalb der Evangelischen Kirche für Deutschland federführend und innovativ ist."



Sie erinnerte an den grundlegenden Gedanken des Prio-Prozesses: Erhalten bleiben soll eine Kirche. die sich gut anfühlt. Dieser Gedanke habe die Facharbeitsgruppen stets geleitet. Sie habe den Mut und Willen zu Wandel und Veränderung gespürt, sagte Wüst. Dies sei "im Bewusstsein des einen Leibes Christi, in einer Haltung verantwortungsvoller Solidarität und vor allen Dingen mit enormer Verantwortung für eine Zukunft geschehen". Natürlich sei auch immer der Taschenrechner dabei gewesen, räumte die Kirchenpräsidentin ein. Doch die Arbeit sei bestimmt gewesen "von der Sehnsucht, fröhlich und tröstlich, zugewandt und niederschwellig gut für Menschen zu sein". Dorothee Wüst freute sich. den Mitgliedern der Facharbeitsgruppen ihren Dank ausdrücken zu können: "Schön, dass Sie da

sind und sich ein bisschen ehren lassen dafür, dass Sie sich so sehr investiert haben in einen Prozess, der für unsere Kirche nicht nur zukunftsweisend, sondern existentiell ist."

23. Mai 2025

Kirche verhandelt weiter über Zukunft des ETGA

Die Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz hat sich dafür ausgesprochen, die Trägerschaft des Evangelischen Trifelsgymnasiums nicht sofort abzugeben, sondern die laufenden Verhandlungen zur deutlichen Reduzierung des Zuschusses der Landeskirche fortzusetzen. Ziel bleibt die Kostenneutralität.

Speyer (lk). Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz hat heute über die Zukunft des Evangelischen Trifelsgymnasiums Annweiler (ETGA) entschieden – und sich nach einer engagierten und emotionalen Aussprache dafür ausgesprochen, nicht sofort aus der Trägerschaft auszusteigen. Stattdessen wird die Kirchenleitung beauftragt, mit dem Land und den Kommunen weiter zu verhandeln sowie mögliche zusätzliche Einnahmemöglichkeiten zu prüfen, um die Schule unter kirchlicher Trägerschaft weiterzuführen.

"Wir handeln verantwortungsvoll – gegenüber der Schulgemeinschaft, den Lehrkräften und den Eltern. Jetzt geht es darum, das Beste aus zwei Welten zu verbinden: Bildung mit evangelischer Prägung und tragfähige Strukturen", so Dr. Claus Müller, Bildungsdezernent der Landeskirche. Die finanziellen Rahmenbedingungen sind für die Landeskirche äußerst angespannt. Die nun beschlossene Frist ist eine letzte Chance, tragfähige Lösungen zur Entlastung zu entwickeln."

Bereits heute liegt der jährliche Zuschuss der Landeskirche für das ETGA bei rund 2,4 Millionen Euro – mit steigender Tendenz. Innerhalb eines Jahres sollen die Verhandlungen zu einem langfristig tragbaren Modell der Finanzierung führen. Sollte

dies nicht gelingen, sieht der Synodenbeschluss vor, das ETGA spätestens zum Schuljahr 2026/27 in staatliche Trägerschaft zu überführen.

"Diese Entscheidung gibt Zeit, stellt uns aber auch vor eine anspruchsvolle Aufgabe. Klar ist: Ohne zusätzliche Entlastungen wird eine kirchliche Trägerschaft nicht dauerhaft möglich sein", so Dr. Müller.

Die Verhandlungen sollen zügig, aber gründlich geführt werden. Das Ziel: eine Lösung, die sowohl finanziell vertretbar als auch bildungspolitisch tragfähig ist.



Die Schulgemeinschaft des Trifels-Gymnasiums hat im März in Speyer für den Erhalt der kirchlichen Trägerschaft demonstriert. Foto: lk

23. Mai 2025

Reform mit Vorbehalt

Synode trifft Entscheidungen zu Pfarrhäusern, Bildung, ETGA, gesamtkirchlicher Arbeit und Sonderseelsorge.

Speyer (Ik). Am dritten Sitzungstag hat die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz fünf weitere Eckpunktpapiere diskutiert. Sie betreffen zentrale Felder kirchlichen Lebens: Pfarrhäuser, schulische Bildung und die Zukunft des Evangelischen Trifelsgymnasiums in Annweiler, gesamtkirchliche Arbeit und Sonderseelsorge.

Beschluss zum Pfarrhaus-Papier vertagt

Die Synode hat dem Vorschlag zur Neuregelung der Pfarrhausnutzung vertagt und an den Landeskirchenrat zur Überarbeitung zurückgegeben. In die Überarbeitung sollen die in der Diskussion in der Landessynode genannten Aspekte zur Pfarrhaussituation mit einbezogen werden. Die Landessynode hat dabei den Erhalt der Pfarrhäuser als eine sinnvoll zu nutzende Immobilie ausdrücklich unterstützt.

Das Papier hatte vorgesehen, die rechtlichen Vorgaben dahingehend zu ändern, dass Pfarrpersonen nicht mehr verpflichtet sind im Pfarrhaus zu wohnen und Kirchengemeinden das Pfarrhaus nicht mehr unterhalten müssen, da es einer zentralen Verwaltung zugeführt werden soll.

Bildung bleibt - Kirche bekennt sich zu Präsenz im Schulbereich

Mit der Zustimmung zum Eckpunktepapier zur schulischen Bildung bekräftigt die Landessynode das kirchliche Engagement im Bildungsbereich. Die Evangelische Kirche der Pfalz bleibt auch künftig sichtbar und wirksam – insbesondere durch den Religionsunterricht, der flächendeckend erhalten bleibt.

Gleichzeitig sollen Unterstützungsstrukturen neu organisiert und effizienter gestaltet werden. Ressourcen werden gebündelt, Schnittstellen klarer definiert, Zuständigkeiten verschlankt.

"Wir machen klar: Bildung mit Werten bleibt Teil unserer kirchlichen Identität – aber wir müssen sie tragfähig gestalten", so Oberkirchenrat Dr. Claus Müller, Bildungsdezernent der Landeskirche. Das neue Konzept sieht unter anderem vor, Fortbildungsangebote und Begleitung von Religionslehrkräften zielgerichteter und digitaler zu gestalten. Die Reduktion auf das Wesentliche schafft Raum für Qualität statt Quantität – und setzt Mittel dort ein, wo sie am meisten bewirken.

Kirche verhandelt weiter über Zukunft des ETGA

Die Synode hat sich dafür ausgesprochen, die Trägerschaft des Evangelischen Trifelsgymnasiums nicht sofort abzugeben, sondern die laufenden Verhandlungen zur deutlichen Reduzierung des Zuschusses der Landeskirche fortzusetzen. Ziel bleibt die Kostenneutralität. Stattdessen wird die Kirchenleitung beauftragt, mit dem Land und den Kommunen weiter zu verhandeln sowie zusätzliche Einnahmemöglichkeiten zu prüfen, um die Schule unter kirchlicher Trägerschaft weiterzuführen.

Bereits heute liegt der jährliche Zuschuss der Landeskirche für das ETGA bei rund 2,4 Millionen Euro – mit steigender Tendenz. Zum Vergleich: Das Einsparziel im gesamten Bereich schulische Bildung liegt bei 3,98 Millionen Euro. Innerhalb eines Jahres sollen die Verhandlungen zu einem tragbaren Modell der Finanzierung führen. Sollte dies nicht gelingen, sieht der Synodenbeschluss vor, das ETGA in staatliche Trägerschaft zu überführen.

Agil, vernetzter, wirksamer - Synode gibt Startschuss für neue gesamtkirchliche Arbeit

Die Synode hat der Neuaufstellung der gesamtkirchlichen Arbeit zugestimmt. Künftig arbeiten die bisherigen Fachstellen und Dienste in einem zentralen Team zusammen. Mit dem heutigen Beschluss stellt die Evangelische Kirche der Pfalz ihre gesamtkirchliche Arbeit neu auf. Fachstellen und Arbeitsbereiche, die bisher verstreut und vielfach unabhängig voneinander agierten, werden künftig durch ein zentrales, agiles und multiprofessionelles Team koordiniert, das Themen aufgreift, Projekte steuert und Fortbildungen organisiert – abgestimmt auf den Bedarf in Gemeinden, Regionen und Fachbereichen.

Das neue Modell setzt auf ein agiles Team, das schnell reagieren, ressortübergreifend arbeiten und auch kurzfristige Impulse aus der Gesellschaft aufgreifen kann. Zugleich soll es die Verbindung zu Fachstellen, Ehrenamtlichen und Gemeindestrukturen stärken. Das Ziel: eine leistungsfähige Kirche mit minimalem Overhead und maximaler Relevanz.

Die Umsetzung erfolgt in Etappen, begleitet von Evaluation und Rückkopplung mit der Basis.

"Gesamtkirchliche Arbeit ist kein Extra – sie ist das verbindende Gewebe in unserer Kirche. Aber sie muss sich neu erfinden, wenn sie wirksam bleiben will", sagt Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst.

Zukunft der Sonderseelsorge – Synode beschließt neue Strukturen

klare Standards, Ausbildung und Unterstützung.

Die Landessynode hat mit breiter Zustimmung das Eckpunktepapier zur Sonderseelsorge beschlossen. Damit werden spezialisierte Dienste wie Klinik-, Notfall-, Polizei- und Gefängnisseelsorge strukturell und finanziell zukunftsfähig aufgestellt.

Kernpunkte sind: eine zentrale Fachstelle Seelsorge mit regionalen Seelsorgebeauftragten für Steuerung und Koordination, ein gemeinsames Seelsorgeteam, stärkere Einbindung ehrenamtlicher Kräfte, gezielte Ausbildung und Begleitung sowie die klare Zuordnung der Zuständigkeiten.

"Seelsorge ist oft unsichtbar – aber unverzichtbar", betont Oberkirchenrat Dr. Claus Müller. "Gerade dort, wo Menschen in Krisen sind, braucht es kompetente seelsorgliche Begleitung. Und die wollen wir sichern."

Das neue Modell reagiert auf personelle Engpässe und steigende Anforderungen. Es stärkt bewährte Angebote, schärft das Profil der Seelsorge in gesellschaftlich sensiblen Räumen und baut Brücken zur kommunalen Daseinsvorsorge. Besonderes Augenmerk liegt auf der Förderung ehrenamtlicher Seelsorger*innen durch

"Wir sagen mit diesem Beschluss: Kirche bleibt da, wo Menschen uns brauchen – im Krankenhaus, im Gefängnis, bei der Polizei, am Unfallort", so Müller abschließend.

Hintergrund

Synode: Es ist die neunte Tagung der 13. Landessynode, die von 2021 bis 2026 gewählt ist. Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) ist als kirchliche Volksvertretung das oberste beschlussfassende Gremium der Evangelischen Kirche der Pfalz. Damit hat sie die Kirchengewalt inne. Sie trifft wesentliche Entscheidungen in geistlichen, rechtlichen und finanziellen Belangen der Landeskirche. Die Amtszeit einer Synode beträgt sechs Jahre. Ihr gehören 57 Mitglieder an. Das Präsidium bilden Synodalpräsident Hermann Lorenz, Synodalvizepräsident Joachim Schäfer und als zweite Synodalvizepräsidentin Christine Schöps.

Eckpunktpapiere: Die Eckpunktpapiere sind zentrale inhaltliche und strategische Grundlagen für die Beratungen und Beschlüsse der Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz im Rahmen des laufenden Priorisierungsprozesses. Sie bündeln die Ergebnisse intensiver Analysen und Arbeitsprozesse zu zehn Schlüsselthemen – von Verwaltungs- und Strukturfragen über Bildungsarbeit bis hin zur Zukunft der Diakonie und der Pfarrhäuser. Ziel der Eckpunkte ist es, angesichts sinkender Ressourcen und wachsender Herausforderungen tragfähige und zukunftsorientierte Lösungen für eine handlungsfähige und verlässlich präsente Kirche zu entwickeln. Die Eckpunkte dienen als Leitplanken für Gesetzesinitiativen und Reformschritte bis ins Jahr 2035.

Der Priorisierungsprozess: Der Anstoß für den Prio-Prozess kam aus der Mitte der Synode selbst. Im November 2022 beschloss die Landessynode einstimmig, die Entwicklung eines Priorisierungsprozesses zu beauftragen. Ziel: tragfähige Antworten auf Mitgliederrückgang, finanzielle Engpässe und gesellschaftlichen Bedeutungsverlust zu finden. Bis 2035 wird mit einem jährlichen Mitgliederrückgang von rund 3 Prozent auf dann etwa 306.000 Mitglieder gerechnet. Rund 60 Millionen Euro müssen eingespart werden, das entspricht etwa 45 Prozent der Budgets von 2023. Interdisziplinär zusammengesetzte Facharbeitsgruppen erhielten den Auftrag, entlang zentraler kirchlicher Handlungsfelder konkrete Vorschläge zu erarbeiten – ohne Denkverbote, aber mit Blick auf Machbarkeit und Zukunftsfähigkeit. In einem intensiven Arbeitsprozess über zwölf Monate hinweg entstanden auf dieser Grundlage die nun vorliegenden zehn Eckpunkte.

23. Mai 2025

Entscheidungen mit Verantwortung – Strukturwandel für mehr Nähe

Frühjahrstagung 2025: Zehn Eckpunkte beraten, zentrale Weichen gestellt

Speyer (lk). Mit dem Ende der Frühjahrstagung 2025 zieht die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz eine zuversichtliche Bilanz. In vier intensiven Sitzungstagen wurden zehn Eckpunkte des landeskirchlichen Priorisierungsprozesses beraten. Deutlich wurde: Der Wandel betrifft nicht nur Strukturen – er ist Ausdruck eines kirchlichen Selbstverständnisses, das auf Zukunft und Wirksamkeit im Leben der Menschen ausgerichtet bleibt.

Die Synode hat konkrete Strukturreformen beschlossen: Die Zahl der Kirchenbezirke soll bis 2029 von derzeit 15 auf vier reduziert, Verwaltungseinheiten und Trägerstrukturen verschlankt werden. Auch die gesamtkirchliche Arbeit wird neu organisiert – künftig koordinieren agile Teams Projekte und Themen im engen Kontakt mit den Gemeinden. Die Sonderseelsorge – in Klinik, Gefängnis, Polizei und Notfall – erhält ein zukunftsfähiges Modell mit regionaler Steuerung und Ehrenamtsförderung.

Weniger Körperschaften – mehr Raum für Gemeindeleben

Die beschlossene Strukturreform bedeutet auch eine grundlegende rechtliche Neuausrichtung: Zukünftig sollen nur noch die vier neuen Kirchenbezirke und die Landeskirche Körperschaften des öffentlichen Rechts sein – mit hoheitlichen Aufgaben, Haushaltsführung und Verwaltungsverantwortung. Die einzelnen Kirchengemeinden erhalten stattdessen den Status kirchlicher Körperschaften – mit klar definierten Rechten, aber ohne die bisherigen juristischen und finanziellen Pflichten.

Was sich dadurch ändert: Die Ortskirchengemeinden bleiben geistlich und inhaltlich aktiv – mit eigenem Profil, gewählten Leitungsgremien und Verantwortung für das Gemeindeleben vor Ort. Sie leben Kirche im Alltag.

Was sich vereinfacht: Sie sind künftig von der Last komplexer Verwaltungsaufgaben entbunden. Finanzplanung, Gebäudeunterhalt, Anstellungsträgerschaft und rechtliche Verantwortung liegen künftig bei den übergeordneten Einheiten. Das schafft Freiräume: für Begegnung, Seelsorge und geistliche Kreativität.

Verwaltung und Kitas: Professionell und verlässlich

Eng verknüpft mit der Strukturreform sind Veränderungen in den Verwaltungseinheiten. Die künftige gemeinsame Kirchenverwaltung mit Regionalstellen soll professionell und effizient arbeiten – bei Personal, Finanzen, Kitas und Gebäuden. "Was wir hier verändern, ist keine Kleinigkeit", sagte Oberkirchenrätin Bettina Wilhelm. "Wir lösen Doppelstrukturen auf und schaffen <u>eine</u> professionelle, entlastende Verwaltung für die ganze Landeskirche."

Ein besonderes Augenmerk gilt den Kindertagesstätten: Die bisherige Trägerschaft durch Kirchengemeinden bzw. Trägerverbünde wird schrittweise in eine gemeinsame Trägerschaft überführt. Ziel ist ein Höchstmaß an Effizienz, Professionalität und finanzieller Tragfähigkeit – bei gleichzeitigem Bekenntnis zur evangelischen Profilbildung. "Wir wollen weiterhin evangelische Kitas – aber wir müssen sie zukunftsfest machen", betont Oberkirchenrat Markus Jäckle. "Die gemeinsame Trägerschaft ist ein notwendiger Schritt. Sie stärkt unsere Verantwortung vor Ort – ohne uns organisatorisch zu überfordern."

Diakonische Nähe erhalten

Mit dem Eckpunktpapier zur Diakonie stellt sich die Landeskirche klar zur sozialraumorientierten Hilfe – mit regionalen "Häusern der Kirche und Diakonie" als Anlaufstellen in den künftigen Kirchenbezirken. Digitale Angebote, mobile Beratung und neue Kooperationen sichern diakonisches Wirken für Menschen in Not auch unter veränderten Bedingungen.

Bildung, Schule und Pfarrhäuser: differenzierte Entscheidungen

Zustimmung erhielt auch das Eckpunktepapier zur schulischen Bildung. Der Religionsunterricht bleibt flächendeckend erhalten, Fortbildungen und Begleitung der Lehrkräfte werden neu aufgestellt. Unterstützungsstrukturen sollen schlanker, digitaler und zielgerichteter arbeiten.

Offen bleibt hingegen die Zukunft des Evangelischen Trifelsgymnasiums Annweiler (ETGA). Die Synode hat entschieden, die Trägerschaft nicht sofort aufzugeben, sondern ein weiteres Jahr für intensive Verhandlungen mit dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landkreis Südliche Weinstraße zu nutzen sowie mögliche zusätzliche Einnahmemöglichkeiten zu prüfen, um die Schule unter kirchlicher Trägerschaft weiterzuführen. Ziel bleibt die Kostenneutralität.

Auch die Entscheidung über die künftige Nutzung von Pfarrhäusern wurde vertagt. Der vorgelegte Vorschlag wurde an den Landeskirchenrat zur Überarbeitung zurückgegeben. Die Synode sprach sich jedoch klar für den Erhalt der Pfarrhäuser als wertvolle Ressourcen und Ausdruck kirchlicher Präsenz aus.

Gesamtkirchliche Arbeit: agiler, verlässlicher, näher dran

Die gesamtkirchliche Arbeit wird neu aufgestellt: Fachstellen und Arbeitsbereiche, die bisher verstreut und vielfach unabhängig voneinander agierten, werden künftig durch ein zentrales, agiles und multiprofessionelles Team koordiniert – abgestimmt auf den Bedarf in Gemeinden, Regionen und Fachbereichen.

Sonderseelsorge gesichert

Mit dem heutigen Beschluss sichert die Synode die Sonderseelsorge – durch zentrale Steuerung, Ehrenamtsförderung und klare Perspektiven. "Kirche bleibt da, wo Menschen uns brauchen – im Krankenhaus, im Gefängnis, bei der Polizei, am Unfallort", so Oberkirchenrat Dr. Claus Müller.

Bericht der Kirchenpräsidentin: Hoffnung ist eine Haltung

Bereits zu Beginn der Synode hatte Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst in ihrem Bericht zur Lage von Kirche und Gesellschaft den Blick weit gespannt – von den Kriegen unserer Zeit über den digitalen Wandel bis zur Situation der Kirche vor Ort. Sie verband den biblischen Ruf zur Nachfolge mit dem Auftrag zur Verantwortung in Gegenwart und Zukunft. In bewegenden Worten sprach sie über Mut, Vertrauen und die Kraft gelebter Hoffnung. "Hoffnung ist keine Stimmung. Sie ist eine Haltung", so Wüst. Sie lobte die Kraft des Gebets und das Engagement der Kirche in politischen und gesellschaftlichen Fragen ebenso wie die Offenheit für neue Formen, etwa in der digitalen Kommunikation.

Der Bericht fand in der späteren Aussprache breite Zustimmung. Die Synodalen würdigten ihn als klarsichtig, wegweisend und theologisch tief fundiert. Viele betonten, dass sich Kirche dort als lebendig erweise, wo sie Menschen ernst nimmt, Räume für Begegnung schafft und nicht müde wird, ihre Stimme zu erheben.

Gelebte Demokratie: Synode mit offener Streitkultur

Die Tagung war geprägt von einer offenen, respektvollen Debattenkultur. Unterschiedliche Perspektiven wurden ernst genommen, Argumente gehört und gewürdigt. Auch externe Beobachterinnen und Beobachter zeigten sich beeindruckt von der Ernsthaftigkeit, mit der gerungen – und der Klarheit, mit der entschieden wurde.

"Es geht nicht darum, alles sofort zu regeln", sagte Kirchenvizepräsidentin Marianne Wagner. "Aber es geht darum, Verantwortung nicht zu verschieben. Die Zukunft unserer Kirche wird nicht verwaltet, sie wird gestaltet – mit Herz, mit Kopf, mit Blick auf die Menschen."

Dank an die Facharbeitsgruppen

Geduld und Ausdauer bewiesen die Mitglieder der sieben Facharbeitsgruppen nicht nur in der intensiven Phase der Erarbeitung der Eckpunktpapiere, sondern auch bis zur finalen Beschlussfassung. Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst sprach ihnen im Rahmen einer kleinen Feier am Freitagabend Dank und Anerkennung aus: "Sie haben sich so sehr investiert in einen Prozess, der für unsere Kirche nicht nur zukunftsweisend, sondern existentiell ist."

Ausblick: Vom Beschluss zur Umsetzung - mit Respekt vor dem Weg

Mit dem Abschluss der Frühjahrstagung beginnt die Phase der Umsetzung: Gesetzesinitiativen, Beteiligungsformate und Rückkopplung mit den Regionen. Die nächste Tagung der Landessynode im Herbst 2025 wird erste Umsetzungsschritte beraten.

"Vor uns liegt ein weiter Weg", sagt Oberkirchenrätin Karin Kessel. "Wir wissen um die Herausforderungen, aber auch um das Vertrauen, das uns übertragen wurde. Wir nehmen diese Verantwortung gemeinsam an – Schritt für Schritt, mit klarem Blick und offenem Ohr."

Die nächste Tagung der Landessynode findet vom 20. bis 22. November 2025 im Technik-Museum in Speyer statt.



Geprägt von einer offenen, respektvollen Debattenkultur: Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz. Fotos: lk/Krümpelmann



Dokumentation:

- Tagesordnung
 - o Mittwoch,21. Mai 2025
 - o Donnerstag, 22. Mai 2025
 - o Freitag, 23. Mai 2025
 - o <u>Samstag, 24. Mai 2025</u>
- Bericht der Kirchenpräsidentin
- Eckpunktepapier
 - o **Gesamt**
 - o <u>Kurzfassungen</u>
- Vortrag/Präsentation
 - o Vortrag Pohl-Patalong
 - o Präsentation Orientierungshilfe wissenschaftlicher Beirat
 - o <u>Text Orientierungshilfe wB</u>
 - o Kurzfassung 10 Thesen wB
- Beschlussprotokolle
 - o Mittwoch,21. Mai 2025
 - o Donnerstag, 22. Mai 2025
 - o Freitag, 23. Mai 2025
 - o Samstag, 24. Mai 2025